

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3,00, monatlich 1,00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Postzeitung oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, frühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 2.

Donnerstag, den 3. Januar 1918.

25. Jahrg.

„Vorwärts“ ruft die Trommel.

Noch ehe das alte Jahr zu Ende ging, wäre der letzte Alldeutsche beinahe vor Säred gestorben. Aber er erhob sich gerade noch so weit, daß er sein Elend in die „Deutsche Zeitung“ auslösen konnte. Brest-Litowsk ist ihm ein neues Friedensangebot an die Entente in Scheidemann-Erzbergerischer Reinkultur, der Hungerfriede der Hungerfriedensmehrheit in Person. „Nach einem Verzichtfrieden ist der wirtschaftliche Zusammenbruch so gut wie sicher! Die blutige Ernte des Bürgerkrieges mag dann beginnen! Wie weiland Jeremias auf den Trümmern Jerusalems klagt es der alldeutsche Mann, der den Frieden fürchtet und sonst nichts in der Welt.

Und so ist denn diesem Alldeutschen auch bereits das Gespenst der Revolution leidhaftig erschienen, nicht wie dem vierten Friedrich Wilhelm beim Lesen seines Bibeldbuches oder im Champagner Schaume, sondern in ganz gemeiner Druckschrift an der Anschlagssäule. Eine einfache Abonnementeinladung für die sozialdemokratische Presse hat es ihm angetan, ihr Bild macht ihn zittern.

„Ein wilder Geselle in verwaschenem Anzuge stürmt die Straße entlang. Wild schlagen die Fäuste im Wirbel auf die in rote Blut getauchte Trommel. Wild fliegen die Haare. Wild droht der geöffnete Mund. Das wilde Antlitz aber trägt unverkennbar die sympatrischen Züge des Führers der Hungerfriedensmehrheit. „Vorwärts“ steht in großen Lettern quer über dem Bilde. „Vorwärts“ ruft die Trommel. „Vorwärts“ der Trommler. Wen ruft er? Wohin gehts? Gegen wen?“

So heute der geängstigte Alldeutsche, frag noch reich das englische Weltreich mit Stumpf und Stiel und verkrach sich dann vor dem wilden Jüngling des Platats in ein Maulschloß.

Wem gilt der Ruf „Vorwärts“? Dem deutschen Volk! Der ganzen großen Volksmasse! Den Arbeitern als dem Kern und der stärksten Triebkraft des Freiheitsheeres vor allem. Dem großen Heere der Angestellten privater und öffentlicher Unternehmungen sodann; ihr Festbesoldeten-Gehalt ist durch die Kriegsmittelschiffentwicklung katastrophal entwertet worden, sie sind in Einkommenshöhe vielfach sogar unter das Lohnproletariat gesunken. Not hat sie denken gelehrt und sie haben erkannt, daß sie das gleiche Interesse wie die Arbeiter haben, die Herrschaft des Besitzes zu überwinden und die Selbstherrlichkeit der Menschen an ihre Stelle zu setzen. Aber über die Kreise der Arbeiter und Angestellten hinaus ruft unser Selbstgeheiß alle denkenden und fühlenden Menschen, die in Kriegsmord und Kriegswucher schauernd erkannt haben, wohin die gegenwärtige Wirtschaftsordnung uns gebracht hat, die Abscheu empfinden vor den finstern Gewalten, welche Profitgier und Machtgier in der Welt entfesselt haben. Sie alle rufen wir, mit uns vorwärts zu schreiten zu neueren gesünderen Wirtschafts- und Lebensformen.

Wohin gehts? Zum Frieden in erster Reihe! Zu einem Frieden der Gerechtigkeit, der darauf verzichtet, ganze Völker wider ihren Willen politisch oder wirtschaftlich zu verschlingen. Es wäre schlimm genug für Deutschland, wenn es nur durch diese Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker leben könnte. Aber wenn das deutsche Volk die Parasiten beseitigt, die skamarogend an ihm lehnen, dann kann es sehr wohl vom Ertrag der eigenen Arbeit leben, ohne Verelendung und ohne Hunger, ohne Raub an fremdem Arbeitsertrag. Deshalb geht es über den Frieden hinaus zu politischer Gleichheit und wirtschaftlicher Befreiung. Das deutsche Volk will Herr im eigenen Hause werden. Der Boden und die in ihm ruhenden Kräfte und Schätze, wie die Werkstätten und Fabriken, in denen sie verarbeitet werden — alles was das deutsche Volk mit seinem Blute verteidigt und vor Vernichtung bewahrt hat — soll der Gesamtheit gehören und nicht ausschließlich dem Willen und dem Nutzen einzelner Berechtigter dienen. Mag man die Vorzugsstellung der Großgrundbesitzer und Kapitalisten auf welche Eigenschaften immer zurückzuführen, auf höhere Intelligenz, größere Tatkraft, kräftigeres Gewissen oder alles dreies zugleich — in jedem Falle sollen sie nicht mehr Selbstherrscher über das Gros des Volkes, sondern Diener der Gesamtheit sein.

Gegen wen unser Kampf sich richtet, ist danach klar. Es geht gegen die Kugnieger und die denkfaulen Gewohnheitsanbeter wirtschaftlich, geistig und moralisch überwundener Zustände. Es geht gegen junkerliche und kapitalistische Gefinnung der Ausbeutung und Mißachtung der breiten Massen. Es geht gegen die Feinde, die das deutsche Volk nicht frei im unverkürzten Ertrag seiner Arbeit leben lassen wollen. Darum helfen wir bei der Landesverteidigung mit. Es geht aber gleichzeitig, und wenn der äußere Feind abgewehrt ist, vor allem gegen die, welche vom deutschen Nationalreichtum die Massen möglichst ausschließen und sich selbst unverhältnismäßig große Stücke nehmen möchten.

So gilt unser Kampf im neuen Jahre wie im alten der Erzwingung des Friedens und der Freiheit, dem Schutz und der Unabhängigkeit und der Überwindung jeder Art der Ausbeutung. Dafür soll die Trommel die Schläfer wecken, die Säumigen mitreißen. Mit

Jugendkraft Reveille zu trommeln hat uns schon Heinrich Heine gelehrt, ist der Sinn unserer ganzen Wissenschaft. Mit Genugtuung, mit Entzücken nehmen wir das Wahrzeichen an, das den letzten Alldeutschen in Angstkrämpfe verfallen läßt: „Vorwärts“ ruft die Trommel, „Vorwärts“ der Trommler, „Vorwärts“ steht in großen Lettern quer über dem Bilde von 1918.

Die Friedensverhandlungen.

Ausschaltung des Reichstages?

Nach einer Berliner Meldung hat sich bei den interfraktionellen Besprechungen die Mehrheit der beteiligten Parteien gegen die Anträge unserer Genossen ausgesprochen, den Reichstag umgehend einzuberufen. Die definitive Entscheidung dürfte erst heute in der Sitzung des Seniorenonnents fallen. Es bedarf wohl nicht erst einer besonderen Begründung dafür, daß wir den schärfsten Protest gegen die Ausschaltung des Reichstages bei einer der wichtigsten Fragen, die das deutsche Volk je berührt hat, erheben müssen. Die Regierung selbst müßte darauf dringen, daß in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes auch seine Vertretung gehört wird. Wir leben doch wohl in einem konstitutionellen Staatswesen? Deshalb sollte man alles verhindern, was den gegenseitigen Anschein erwecken könnte.

Bundesratsauschluß für auswärtige Angelegenheiten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Unter dem Vorsitz des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Dandl fand Mittwoch vormittag im Reichstanzlerhause eine Sitzung des Bundesratsauschusses für auswärtige Angelegenheiten zur Besprechung der politischen Lage statt.

Die Streitpunkte.

Aus Berlin wird berichtet: Wie verlautet, soll über eine Reihe von Fragen, die in Brest-Litowsk zur Verhandlung stehen, eine Uebereinstimmung mit den russischen Wünschen erzielt worden sein, wenn freilich andererseits auch nicht zu leugnen ist, daß über einige wichtige Gegenstände die Besprechungen mit Rußland noch werden fortgesetzt werden müssen, ehe über sie völlige Einigkeit erreicht ist. Zu diesen letzteren gehört vor allem auch die Frage über das Referendum in den von uns besetzten Gebieten sowie die nach völlig ungeklärte Frage, wie das von Rußland proklamierte Selbstbestimmungsrecht in den von uns besetzten Gebieten Litland und Estland ausgeübt werden soll.

Eine ukrainische Deputation in Brest-Litowsk.

WB. Brest-Litowsk, 2. Januar. In Brest-Litowsk ist die ukrainische Deputation eingetroffen, um an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.

Deutsch-russischer Wirtschaftsausschuss.

WB. Petersburg, 2. Januar. In der ersten Sitzung des deutsch-russischen Wirtschaftsausschusses wurde bestimmt, fürs erste über die Einrichtung von Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr zu verhandeln. Für diese drei Gegenstände wurden Unterausschüsse gebildet.

Die Antwort der Alliierten.

Die „Times“ vernimmt aus Washington, zwischen London, Paris und Washington würden über die Form der Antwort auf die österreichisch-deutschen Bedingungen, wenn diese durch die Bolschewiki den Alliierten vorgelegt werden sollten, Gedanken ausgetauscht. Es sei noch nicht bestimmt, ob Wilson, Lloyd George und Clemenceau antworten werden. Wenn aber eine Antwort gegeben werde, werde sie mit den früheren Auslassungen Wilsons übereinstimmen und einen Aufruf an die feindlichen Völker über die Köpfe ihrer Regierungen hinweg enthalten.

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.

Berlin, 2. Januar, abends. (Amtlich.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 2. Januar. (Amtlich.)
Ostlicher Kriegsschauplatz.
Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche von Asiago, im Gebiet des Monte Tomba und an der unteren Piave entwickelten sich zeitweise Artilleriekämpfe. Am 26. Dezember früh wurde unsere Besatzung aus der Danampstellung bei Zenson ohne Verluste auf das östliche Piave-Ufer zurückgenommen. Der Gegner, der diese Räumung erst am 31. Dezember bemerkte, hielt bis zu diesem Tage die verlassenen Stellungen fortgesetzt unter Artillerie- und Minenwerferfeuer.

Rußland.

Die Machtstellung der russischen Regierung.

Konstantin, der Mitarbeiter der „Daily News“, ist nach Petersburg zurückgekehrt. Er berichtet, jetzt habe er bemerkt, daß die in der englischen Presse erscheinenden Nachrichten über Unruhen auf unzuverlässiger Verdrehung durch die Oppositionsbücher begründet sei. Zum erstenmal seit der Revolution sei die Regierung in Rußland auf einer wirklichen Macht geruht. Das Volk liebe vielleicht die Bolschewiki nicht, aber es gehöre ihnen mit erkaunter Bereitwilligkeit. Die gegenwärtige Regierung aus Arbeitern sei außergewöhnlich stark und entschlossen. Die Regierung werde in der Konstituante, weil die Hälfte der Sozialrevolutionäre sie stützen werde, die Mehrheit hinter sich haben, und werde jeden Versuch, sie mit Gewalt zu stürzen, unterdrücken.

Das Wahlergebnis zur Nationalversammlung.

Nach Stockholmer Meldungen des „Matin“ werden die Wahlen zur russischen Konstituante voraussichtlich folgendes endgültige Ergebnis haben: 185 Maximalisten, 40 revolutionäre Maximalisten der Linken, 75 ukrainische revolutionäre Sozialisten, 275 revolutionäre Sozialisten, 25 Sozialdemokraten, 50 Winstimmen, 20 Juden und Vertreter anderer kleinerer Völker, 25 Kosaken, 10 Grundbesitzer der Rechten und 24 Kadetten.

Die Beilegung des Zwistes mit der Ukraine.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach Mitteilungen der Abordnung, die von Kiew zurückkam, sei den Zwist zwischen der Macht der Sowjets und der Kapa freundschaftlich beigelegt, wird die Moskauer festgesetzt, daß der Zwist freundschaftlich beigelegt wird unter dem Gesichtspunkte der Einrichtung einer neuen Kapa der Sowjets, wobei ihr Einflußkreis sehr erweitert wird. Die Zentralrada beabsichtigt, das Ultimatum des Rates der Volkskommissare zu erfüllen, vorausgesetzt, daß die Ukraine mit Geld versorgt wird. Wie die Abgeordneten sagen, wird die Ukraine die Getreideausfuhr nach Großrußland nicht sperren.

Finlands Trennung von Rußland.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In seiner Antwort auf das Ersuchen der finnländischen Republik bringt der Rat der Volkskommissare in voller Uebereinstimmung mit dem Grundsatze der freien Selbstbestimmung der Nationen im ausführenden Hauptauschuss folgendes in Vorschlag: 1. Anerkennung der politischen Unabhängigkeit der finnländischen Republik. 2. In Uebereinstimmung mit der finnländischen Regierung Einsetzung eines Sonderauschusses von Vertretern beider Parteien zur Ausarbeitung derjenigen Maßnahmen, die sich aus der Trennung Finlands von Rußland ergeben.

Eine Verhaftung in Petersburg.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) W. K. J. J. J., einer der Organisatoren der Sunkererhebung, der sich in Petersburg verborgen hielt, wurde in einer Privatwohnung verhaftet.

England.

Das Friedensprogramm der englischen Arbeiter.

Auf der am 28. Dezember in London abgehaltenen Konferenz der britischen Arbeiterorganisationen, der über 800 Abgeordnete beizuhören, die dreieinviertel Millionen Arbeiter vertraten, wurde zunächst das von Reuter mitgeteilte Schreiben des Premierministers verlesen. Danach verlas Henderson eine lange Ansprache, worin er der sozialistischen Grundgedung vom 14. Dezember gedachte, die es ablehnt, zuzulassen, daß dieser Verteidigungsvertrag zu einem Eroberungskrieg werde, und dann auf die in der erörternden Kriegslage niedergelegte Friedenspolitik der britischen Arbeiterschaft im einzelnen eingieng. Der Krieg müsse jetzt als Kampf zwischen dem alten und dem neuen Regierungssystem Deutschlands angesehen werden. Keine Verständigung könne befriedigend sein, die nicht der Welt vollständige

Verhinderung des angriffsüchtigen Militarismus bringe und an seine Stelle eine höhere Auffassung von nationaler und internationaler Verantwortlichkeit setze. Geheimdiplomatie, Militärdienstpflicht und Profitmacherei aus der Herstellung von Instrumenten zur Zerstörung sollten in der Gesellschaft freier Nationen unzulässig sein. Eine unumgängliche Vorbedingung des Planes der Völkervereinigung sei die Ablehnung jeder Form eines wirtschaftlichen Boykotts gegen Deutschland nach dem Kriege. Man sei berechtigt zu fragen, ob die Regierung alles, was in ihrer Macht liege, um die Feindseligkeiten abzurufen. Der Redner wies auf die Behauptung Carsons in seiner Rede in Portsmouth hin, daß Österreich-Ungarn und die Türkei bereit seien, einen Frieden zu schließen. Er fragte, warum die Regierung nicht in Verhandlungen, besonders mit der Türkei, getreten sei, wie jetzt Deutschland mit Rußland. Statt dessen betrieb sie die Einnahme Jerusalems. Obwohl nach der Erklärung Carsons die Türkei Frieden zu schließen wünsche, dehne England seine Fronten in diesem Lande aus. Es könne nicht wundernehmen, daß man England in den neutralen Ländern, in Rußland und selbst in Amerika imperialistischer und anexionistischer Ziele verdächtige. Wenn die Arbeiter weitere Opfer bringen sollten, müßten sie bestimmte Zusicherungen erhalten, daß solche Opfer zur Herbeiführung eines ehrenhaften gerechten Friedens notwendig seien. Die Arbeiterschaft bestesse darauf, daß Deutschland anerkenne, daß es ein unbedingtes Mindestmaß gebe, das es annehmen müsse. Andererseits würden die Alliierten keinerlei Zweifel darüber lassen, daß der Kampf lediglich um Grundzüge und Ideale und nicht um Eroberungen fortbauere. Die Arbeiterschaft verlange Gelegenheit, festzustellen, inwieweit Deutschland bereit ist, ihr Friedensprogramm anzunehmen.

Wenn das der aufrichtige Wunsch der englischen Arbeiter ist, brauchen sie nur zu verlangen, daß ihre Regierung den Verhandlungsvorschlag annimmt. Sie würden dann aber wohl auch die Erfahrung machen, daß der Kampf eines neuen gegen das alte Regierungssystem in England ebenso notwendig ist wie in Deutschland.

Der Balkanrieg.

Rumäniens König möchte weiter kämpfen. Nach Paris' Blättern hat der rumänische König eine Thronrede gehalten, in der sie bemerkt: „Sie sagt kein Wort vom Waffenstillstand; dies beweist, daß die Regierung weiter geht, ihn gutzuheißen. Die Thronrede teilt mit, Rumänien sei nicht geneigt, die Bedingungen anzugehen, die es zum Eintritt in den Krieg bezogen habe. Das ist nicht die Sprache der Entsagung, sondern die der vertrauensvollen Kraft und des Willens. Die Rumänen sind also der Ansicht, daß sie es in der Hand haben, den Krieg an der Seite der Alliierten fortzusetzen, bis zu einem glücklichen Abschluß. Sie stellen so eine bedeutende unverletzte Kraft dar, mit der gerechnet werden muß.“

Die Rumänen in ihrer großen Mehrzahl wollen sicherlich nicht die Fortsetzung des Krieges; sie wünschen eher, wie die Russen, ein frühzeitiges Ende des Krieges. Wenn der rumänische König wirklich weiter kämpfen will, dann mag er es auf eigene Faust „abschließen“; nur niemand wird ihn daran hindern.

Ullerei Kriegsnachrichten.

Ueber Japans Haltung

Laufen die widersprechenden Nachrichten an. Heute erzählt man sich das „Sensu Ingeles“ aus Tokio, daß die japanische Regierung beschlossen habe, die diplomatischen Beziehungen zu neuen russischen Regierung im vollen Umfang wieder aufzunehmen. Wenn diese Nachricht von der Entente angeht, so ist sie unzulässig. Wenn diese Nachricht von der Entente angeht, so ist sie unzulässig. Wenn diese Nachricht von der Entente angeht, so ist sie unzulässig.

Die Kämpfe im Dezember.

Im Dezember machten wir über 44000 Gefangene, eroberten 243 Geschütze, 981 Maschinengewehre, 85 Minenwerfer und eroberten 164 Quadratkilometer Boden in Europa. Die Gesamtzahl des Vorkrieges am 31. Dezember bei Cambrai ist in diese Zahlen nicht eingerechnet. Demgegenüber betragen sie bei unseren Feinden wie folgt: 1027 Gefangene, 2 Geschütze und 28 Maschinengewehre. In Europa kein Geländegewinn.

Es gab hierieden Brot genug für alle Republikaner.

Die aus Mangel an Getreidemangel ersetzenden Getreidekörner sind in den letzten Jahren. Nachdem bereits gemeldet worden ist, daß es in Italien, Ostindien, Ostindien und Südamerika gemaltene Getreide zu Paris, Genoa, Neapel, Lissabon und London angekommen haben, die reichlich an den europäischen Märkten an die französische Regierung die erregte Aufmerksamkeit, ist die einzige Gefahr für Europa das Getreide aus der Ähre in der Ähre. Die Ähre ist die einzige Gefahr für Europa das Getreide aus der Ähre in der Ähre. Die Ähre ist die einzige Gefahr für Europa das Getreide aus der Ähre in der Ähre.

Perthen und die Mittelmächte.

Der Chefredakteur der „Wiener Morgenpost“... Unterredung mit dem russischen Gesandten in Wien... Er erklärte, daß Perthen die größten Sympathien für die Mittelmächte habe und diese Sympathien nicht nur für die Mittelmächte, sondern auch für die Alliierten habe. Er erklärte, daß Perthen die größten Sympathien für die Mittelmächte habe und diese Sympathien nicht nur für die Mittelmächte, sondern auch für die Alliierten habe.

Anteil der französischen Sozialistischen Fraktion an die russischen Sozialisten.

Es ist bezeichnend für den Standpunkt der französischen Sozialisten, daß sie mit ihrer Beziehung auf die Sozialisten in Paris... Es ist bezeichnend für den Standpunkt der französischen Sozialisten, daß sie mit ihrer Beziehung auf die Sozialisten in Paris... Es ist bezeichnend für den Standpunkt der französischen Sozialisten, daß sie mit ihrer Beziehung auf die Sozialisten in Paris...



zeichnet. Nur die drei Zimmerwälder: Blanc, Brizon und Massin Dugens fehlen. Der Anruf hat folgenden Inhalt: „Genossen! Es ist nicht nötig, Euch an die Worte der Segelherung und der Hoffnung zu erinnern, mit denen die Sozialisten Frankreichs von der ersten Stunde an die russische Revolution begrüßt haben. Ebenso haben wir in unserem Parlament wie in unseren Kongressen nicht aufgehört, unsere Übereinstimmung mit den vom neuen Rußland niedergelegten Formeln eines gerechten Friedens kundzugeben. Zu unserer tiefsten Scham müssen wir heute stehen, wie einige von Euch sich zu Unterhandlungen einließen, die zu einem Sonderfrieden führen können. Ein derartiger Abschluß würde den Mittelmächten nicht nur gesattelt, einer militärischen Triumphe vorzubereiten oder vorwegzunehmen und die Friedensbedingungen zu diktiert, sondern er würde auch dazu dienen, die Alliierten aller Feinde der Demokratie zu widerstehen, indem er ihnen gestattet würde, die russische Revolution als ein Beispiel der Desorganisation und Demoralisation anzuführen. Wir wissen wohl, wie ungerecht gewisse Urteile sind, die über die russische Revolution gefällt werden. Diejenigen, die sie fällen, vergessen jedoch, daß die zaristische Regierung für die Umstände verantwortlich ist. Wir aber vergessen das nicht. Wir würdigen auch die Bemerkungen, die gegen unsere Politik in der Vergangenheit gerichtet werden, weil diese unsere erwartete Politik an diejenige des Jares und keiner Ratgeber gekettet haben. Wir verstehen auch nicht die Fehler, die von unseren Regierungen in letzter Zeit begangen wurden, indem sie uns die Mittel verweigerten haben, Euch in Stockholm zu treffen. Wir glauben noch immer an den Ruß, ja an die Notwendigkeit einer beratenden Konferenz... Aber was sind all diese Fehler im Vergleich mit denjenigen, die sich aus einem Sonderfrieden ergeben würden? Wie sollen sich die mehrheitlichen Demokraten, deren lange historische Anstrengungen das russische Volk doch nicht verdrängen darf, auch wenn diese Anstrengungen noch am weitesten Ziel nicht angelangt sind... wie kann die große amerikanische Demokratie, deren idealistische Kraft man doch nicht leugnen kann... wie können diese Nationen sich nicht bedrückt fühlen durch die Schwäche und durch den Mangel ihres großen natürlichen Verbündeten? Wie können sie es erlauben, sich auf einen verlängerten Kampf energetisch vorzubereiten, wenn sie die politische, militärische und wirtschaftliche Vorbereitung derjenigen nicht befehligen können, die im letzten Moment die Katastrophe heraufbeschworen haben? Der Krieg hat seine eigene sprachliche Dialektik. Die Sozialisten erkannten dies, als sie ihren Willen zu einem allgemeinen Frieden kundgaben und erklärten: Wir verlangen von Deutschland, daß es seine Kriegsziele verwerfen, und wir verlangen von den demokratischen Sozialisten, daß sie weiteren Schritte folgen und Revolution machen. Die Sozialisten haben weder das eine noch das andere erhalten. Und dennoch mag der Friede gerecht und dauerhaft sein. Er kann es aber nicht sein, außer durch die demokratischen Willen der Völker. Ein Sonderfrieden kann das nicht erreichen. Schließt die russische Revolution sich an, so wird sie unsere Bewegung den Völkern geben, zu erklären, daß der russische Sozialismus keine eigenen Formeln verlangt und die demokratischen und proletarischen Nationen ihrem Schicksal überlassen hat. Das wäre ein moralisches Unglück, dessen Folgen der internationale Sozialismus überal und immer zu spüren bekommen würde. Die russischen Sozialisten können diese Verantwortung nicht übernehmen. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, Rußland aus dem Abgrund zu erretten, in den der Zerismus es geführt hat. Ein derartiges Ziel verlangt die höchsten Anstrengungen aller russischen Sozialisten. Sie verlangen, daß die Spaltungen unter ihnen aufhören... Sie verlangen, daß ihre Reorganisationsarbeit beginnen. Wir in Frankreich stehen unter den Zwangsbedingungen und des brüderlichen Sympathien des russischen Sozialismus: Er bringen uns in die Gefahr der Wiederkehr der Revolution, wenn der die ganze Welt leiden würde. Rußland muß erretten so schnell als möglich eine feste Regierung bekommen, aus der das neue Leben entspringen soll. Nur die demokratische Revolution kann das leisten. Nur sie allein kann die Kämpfe beenden, die nicht die Alliierten sondern, aber ihre Sicherheit für die Zukunft gewährleisten. Nur sie allein kann erklären, daß sie eine Re-

gierung des Volkes und für das Volk ist. Nur sie allein würde den übrigen Nationen der Welt die Sicherheit geben, daß Rußland seine Verpflichtungen erfüllen würde. Indem es den Sonderfrieden befehligen wird, kann das revolutionäre Rußland seine Ehre aufrecht erhalten und es ablehnen, die Demokratien dem deutschen Imperialismus auszuliefern.

Auch wir französischen Sozialisten, die an Euch diese freundschaftlichen Erklärungen richten, zögern nicht, Euch zu sagen, daß wir den ganzen Umfang unserer Pflichten kennen. Die französischen Sozialisten werden nichts tun, was den Widerstand der Armee und des Volkes Frankreichs schwächen könnte. Aber wir werden von den verbündeten Regierungen verlangen, offen zu erklären, daß sie nur Krieg führen, weil sie angegriffen wurden und daß sie vom Frieden nur die Erlangung ihres Rechts erwarten.“

Die sozialistische Parlamentsfraktion.

Albert Thomas, Aldy, Aubriot, Auriot, Barabant, Barthe, Basin, Bédouco, Bernard, Betoulle, J. Ben, Bouillon, Bournet, Braque, Bras, Brenier, Breting, Brunet, Buisset, Cabrol, Cahin, Cadeje, Dejante, Dolzy, Doubled, Dumoulin, Durra, Dumas, Jourment, Giray, Geniauz, Goude, Grouffier, Guesde, Hubert-Rouger, Jobert, Lafont, de La-Porte, Lange, Laurent, Laval, Leben, Lecointe, Lefevre, Levassier, Lijias, Loquin, Longuet, Manus, Mauger, Mageras, Melin, Mitral, Morin, Moutot, Nadi, Navarre, Recteur, Rayon, Philbois, Parcat, Pouzet, Presserme, Ellen, Prevot, Rebeul, Renaudel, Ringuier, Rognan, Rojter, Sabin, Sallengier, Sembat, Sixte-Quenin, Thourier, Valette, Vallere, Varenne, Weber, Vigne, Volin, Volot, Walter.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine neue Firma.

Die Anexionisten treten bekanntlich unter den verschiedensten Firmen auf, um damit eine Macht vorzutauschen, die gar nicht hinter ihnen steht. Die neueste Firma lautet: „Freier Ausschuss für einen Arbeiterfrieden“, der sich anmaßt, im Namen von 300 000 Arbeitern zu sprechen, die offenbar zum weitaus größten Teil ihren Wohnsitz auf dem Mond haben. Diese jagenhaften Dreihunderttausend halten es für notwendig, ihrer Entrüstung über den Verzicht auf einen deutschen Sieg Ausdruck zu geben mit dem Hinzufügen: „Deutschland hört damit auf, eine Weltmacht zu sein, Deutschlands Wirtschaftsleben wird zugrunde gehen, Deutschlands Arbeiterschaft wird auswandern müssen, um Brot und Verdienst zu finden, oder aber sie muß in Not und Elend verkommen.“

Selber in die Granattrichter zu steigen, um dort unter Einsetzung des Lebens ihr Ziel kämpfend zu erreichen, das fällt den „Dreihunderttausend“ natürlich nicht ein.

Wieder ein Mahnruf an die Landwirte.

Der Kriegsausschuss der deutschen Landwirtschaft, in Verbindung mit etlichen anderen agrarischen Organisationen, richtet wieder einmal einen Mahnruf an die Landwirte, in dem es heißt: „Es gilt jetzt, das Letzte herzugeben, was der Landwirt irgendwie entbehren kann. Um den letzten entscheidenden Schlag mit allem Nachdruck ohne Erschöpfung durchzuführen, müssen Menschen und Tiere ungeschwächt in den Endkampf treten können. Wir richten deshalb an alle deutschen Landwirte die herzlichste Bitte, das Vaterland nicht im Stich zu lassen. Jeder Zentner Hafer, jeder Zentner Brottorn, jedes Pfund Butter, jedes Pfund Fett und jedes Liter Milch, die der Landwirt mehr als bisher abgibt, helfen zum Siege.“ Die Erfahrung hat leider gelehrt, daß nur recht hohe Preise, nicht aber solche Mahnungen zum Ziele führen.

Der alldeutsche Fleischerbund.

In der Methode persönlicher Bekämpfung der Verunglimpfung ihnen unbehaglicher Persönlichkeiten sind die Alldeutschen Meister. Richtet sich ihr ganzer Kampf doch nicht gegen prinzipielle Einrichtungen unseres Staatslebens, sondern immer gegen einzelne Persönlichkeiten, gegen einen „Schlappen“ Minister, einen pazifistischen Hofmann und dergleichen. Zu denen, die sie jetzt mit besonderem Haß verfolgen, gehört in erster Linie auch der österreichische Graf Czernin. Ein kleines Muster dafür, wie in alldeutschen Blättern der Kampf gegen ihn geführt wird. In der „Deutschen Zeitung“ erzählt ein sicherer Gewährsmann: „Ich entsinne mich, daß ich den Grafen Czernin vor mehreren Jahren sah. Er sah mich auf der Bank eines Parks und sah mich mit seinen Augen vor sich hin. Plötzlich sprang bellend ein Fleischerhund an ihm vorbei — da fuhr der Graf schreiend in sich zusammen und stredte mit angstvoller Hand seine Hand aus — eine schmale, weiße, blaueaderte Hand. Diese Hand versteht nicht zu paffen. Sie kann mit einem Schöpfhaken fassen und das Gewicht einer Zigarette ertragen. Aber... Dieser schweißige-flawische Graf will in die Fägel greifen, die einst Bismarck geführt? Die Geschichte von dem Fleischerbund ist natürlich wahr, nur enthält die Darstellung Czernins einen kleinen Fehler. Es war kein Fleischerhund, der auf den Grafen Czernin losprang, sondern jener wildgewordene Alldeutsche, der in der bekannten anonymen Broschüre auch gedroht hatte, man müsse „Bethmann an die Kehle springen“. Die abweichende Bewegung des Grafen Czernin hat Czernin gleichfalls mißverstanden. In Wirklichkeit hielt sich der Graf die Nase zu.“

Ernährungsfragen.

Ein Kommunalverband mit Fleischerbeschlag.

Das Gießen wird geschrieben: In einer glücklichen Lage ist der Kommunalverband Gießen und seine Bewohner. Der Kommunalverband ist nämlich aus dem aus den Hauswirtschaftlichen Ueberprüfungs-Dauerware und zwar Zerleimung, Preßstoff, Salz, Sied und Dörrfleisch herstellen und an die Bevölkerung ausgeben. Der Preis ist trotz reurer Zutaten so niedrig gehalten, daß auch dem Teil der Bevölkerung, der nicht in der Lage ist, die Möglichkeit geboten ist, sich gegen Inrechnung auf Fleischerwaren mit Dauerware zu versorgen. Es sollen als Höchstmenge abgegeben werden an Familien bis drei Köpfe 20 Pfund, bei größeren Familien 32 Pfund.

Der Ueberfluß an Kriegsgesegen.

In einem öffentlichen Vortrag, den Haupt... der... über die Wirkung der Kriegsgesegen in Handel und Gewerbe hielt, der Redner ist, daß es im Reich nicht weniger als 48 000 Kriegs-

Das neue Stadium der Friedersaktion.

Ueber die Aussichten und die Zweckmäßigkeit einer Wiederaufnahme der Bemühungen um Einberufung einer internationalen sozialistischen Konferenz nach Holland hat Troelstra sich in „Het Volk“ in einem Artikel geäußert, der eine von ihm vorbereitete Resolution für den auf Weiskanten einberufenen außerordentlichen Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands betraf. Die Resolution beginnt mit einer Kundgebung für einen allgemeinen Frieden durch Verständigung im Sinne der von revolutionären Rußland verkündeten Prinzipien, erklärt ihre Sympathie für den Antrag der russischen Sozialdemokratie, unmittelbar eine internationale Konferenz einzuberufen, und bedauert, daß dies wegen der Lage der Dinge in den nordwestlichen Entente-Ländern praktisch unmöglich ist. Dann sagt die Resolution:

„Vom Abhalten einer Konferenz, wie sie vom russisch-holländisch-standinavischen Komitee beabsichtigt ist, kann er die Rede sein, wenn die sozialistischen Parteien der Entente-Länder dazu bereit und imstande sind. Auf ihnen ruht jetzt die Aufgabe, die Initiative zu ergreifen. Wenn sie damit noch länger in Verzug bleiben, so ist zu fürchten, daß die Stockholmer Konferenz, so wie sie ursprünglich in Aufnahme und Bedeutung gedacht war, unmöglich wird. Der Kongress erklärt sich deshalb bereit, auch an anderen Orten zur Förderung des Friedens teilzunehmen und ermächtigt den Parteivorstand, sich zu diesem Zwecke mit den Parteien der andern neutralen Länder zu verständigen.“

Ueber das Verhalten der entente-sozialistischen Parteien heißt es in Troelstras Beurteilung dieser Resolution: „Indessen weiterte sich die englische Labour Party (nach der auf Veranlassung der dänischen Partei von Hursmans ergangenen Einladung) nochmals ausdrücklich nach Stockholm zu kommen. Und aus Frankreich kam keine bessere Nachricht. Wir haben folglich nicht nur mit der Wählerverlagerung der Regierungen, sondern auch mit der Abweisung der sozialdemokratischen Parteien zu tun. Wenn diese wirklich und energisch wollten, würden Clemenceau und Lloyd George ihr übles Treiben gegen Stockholm nicht fortsetzen können. Es ist bedauerlich, aber leider notwendig, diese Tatsachen zu konstatieren. Sie bedeuten nicht mehr und nicht weniger denn daß die Stockholmer Konferenz in ihrer ursprünglichen Tendenz mit dem Ziel eines allgemeinen Friedens durch Verständigung bis heutigen Tages an der praktischen oder schwachen Haltung der entente-sozialistischen Parteien.“

Troelstra tritt sodann entschieden gegen das Vorgehen der Friedensversuche der Maximalisten zu unterliegen. Er sagt:

„Während wir ein Friedensprogramm aufstellen, trieb das absolute Friedensbedürfnis das russische Volk — nachdem es von seinen Verbündeten zu einer unvollständigen Offensive gezwungen worden war — in die Arme der Maximalisten. Man mag dies aus verstandenen Gründen behaupten, aber es würde Strafnorm sein, diese hinterlistigen Taktiken nicht in ihrer Bedeutung für den ferneren Verlauf der Friedensbewegung zu erkennen zu lassen. Der Stockholmer „Sozialdemokraten“ der Tag für Tag heftige Angriffe gegen Lenin und die mit ihm verhandelnden Deutschen bringt macht sich meines Erachtens damit nur lächerlich. Nach verschiedenen Versuchen beginnt man in England und Frankreich mehr und mehr einzusehen, daß die wahren Schuldigen an diesem unermühten Verlauf der Dinge zu suchen sind. Es ist sicher nicht Sache der neutralen Sozialisten, den dafür verantwortlichen, unglücklichen, einseitigen oder imperialistischen Politikern die schickende Hand über den Kopf zu halten.“

Es wäre auch lächerlich, lediglich aus Solidarität patriotischer Art die Friedensversuche der Maximalisten zu unterstützen. In diesem Stadium der Weltgeschichte muß jeder vernünftige Mensch bereit sein, die eine oder an-

dere seiner Ansichten aufzugeben, wenn sie durch die Tatsachen überholt werden. Wenn Lenin mit seinem Versuch mehr Erfolg hat als wir „effizienten“ Sozialdemokraten mit Stockholm hatten, dann wird dies sicherlich auf die Dauer zur Neuorientierung mancher Ansichten in der Internationale führen, die daran nicht sterben, vielmehr zu neuem Leben erwachen würde.

Einstweilen bleibt die Tatsache bestehen, während nicht einmal die Sozialisten der Entente-Länder bereit sind, über einen allgemeinen Frieden zu verhandeln, von einer sozialistischen Regierung ein Waffenstillstandsabgehandelt und ein Sonderfrieden vorbereitet wird. Natürlich mit dem Ziel, auf diesem Wege sowohl von ihren sogenannten „Bundesgenossen“ als von ihren Feinden die Geneigtheit zur Mitwirkung an einem allgemeinen Frieden zu erreichen. Und nun die Geschichte diesen Lauf nimmt, ist es m. E. unsere Aufgabe, nicht hindernd in den Weg zu treten, — was auch unmöglich sein würde —, sondern die Dinge in der gewöhnlichen Richtung weiterzuleiten.“

Und Troelstra fügt hinzu: „Könnte jetzt die Stockholmer Konferenz zu einer Vollziehung zusammenformen, so würde sie zur Erreichung dieses Zieles viel beitragen können. . . . Aber da einmal eine solche Konferenz mit der Teilnahme aller großen Parteien nicht oder fällt, ist von einer solchen vorläufig nichts zu erwarten.“

Ein Beitrag zu den Neufölnner Enthüllungen.

In das Kriegsernährungsamt und an die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat die Nahrungsmittelstelle des Vorkriegs-Bezirksamtes folgende Eingabe gerichtet:

Zeitungsartikeln zufolge soll beabsichtigt sein, die Hände auf dem Gebiete des Gemüsehandels, welche auch in der Vorkriegszeit durch die Kriegsernährungsamt kontrolliert wurden, mit vollständigen Neuregelungen der Abrechnung und der Abrechnung und der Abrechnung von Höchstpreisen in weitestem Umfange der Staatsverwaltung zur Angelegenheit zu bringen. Der Gemeindevorstand von Ritzsch hat sich dadurch veranlaßt gesehen, in Eingabe an das Kriegsernährungsamt und die Reichsstelle für Gemüse und Obst gegen ein derartiges Unternehmen seine warnende Stimme zu erheben. Die Eingabe bezeichnet solche polizeilichen Maßnahmen als einen Schlag ins Wasser, weil dadurch nur ein kleiner Teil der Beteiligten betroffen wird, und weil damit in keiner Weise die Ursachen der Höchstpreisüberschreitungen beseitigt werden.

a) In den Höchstpreisüberschreitungen sind auf der Käuferseite nicht nur Gemeindeverwaltungen und Privatspersonen, sondern in hohem Grade auch Reichs- und Staatsbedienstete, die Militärverwaltung und die Rüstungsindustrie. Auf der Verkäuferseite nehmen daran teil die Landwirte von den Großgrundbesitzern und Domänenbesitzern herunter bis zu dem kleinsten Bauern. Nur wenn der Ueberwachungsdienst auf alle diese Kreise in Stadt und Land ausgeht werden könnte und wenn er vorwiegend halt machte, würde er Erfolg haben. Es ist aber für jeden Kenner der Verhältnisse klar, daß ein derartiges Durchgreifen unmöglich ist.

b) Die Höchstpreisüberschreitungen haben ihren Grund einerseits in der überhandnehmenden Konkurrenz, die sich die genannten Käuferkreise direkt oder durch Vermittler am Erzeugungsorte machen können, und andererseits in dem Umfange, daß der Erzeuger ungeschützt und unkontrolliert seine Erzeugnisse zu jedem Preise an den Höchstbietenden losstoßen kann und losläßt. Dieser Mißstand kann durch Strafindrohungen in keiner Weise abgeholten werden. Höchstens müßte für Höchstpreisverstöße Strafen nicht nur gegen die Verkäufer, sondern auch gegen die Käufer auferlegt werden.

Es ist nur ein Mittel gegen das Uebel, das in der öffentlichen Kontrolle der Erzeugnisse am Erzeugungsorte durch lokale Nahrungsmittelstellen und die geordnete Abrechnung und Abrechnung der zentralen Ware durch geeinigte Einkaufs- und Verteilungsgesellschaften. Dem lokalen Ueberwachungsamt müßte bereits ein Einblick auf den Erzeugungsort gegeben werden. Solange die Ware nicht am Erzeugungsorte erfaßt wird, wird an den bestehenden Uebständen nichts geändert werden. Eine Ver-

derung muß aber erfolgen, wenn nicht in den großen Volkzentren in kurzer Zeit ein absoluter Gemüse- und Obstmangel und eine Katastrophe heraufbeschworen werden soll.

Es ist überhöhter Zeit, daß die Staatsbehörden mit aller Energie das Uebel an der Wurzel fassen und davon absehen, durch bloße Polizeimaßnahmen gegen einzelne Kreise, die nicht aus gemüßwilliger Absicht, sondern nur im Interesse ihrer Schutzbefehlshaber handeln, die Erbitterung zur Explosion treiben.

Wir machen schließlich darauf aufmerksam, daß sich jetzt bereits erkennen läßt, daß der Abschluß einer ausreichenden Anzahl von Gemüselieferungsverträgen für den Herbst 1918 eine Unmöglichkeit sein wird, weil a) viele Neubauer, durch die Erfahrungen des Jahres 1917 gewarnt, eine vertragliche Bindung für 1918 als für sie unvorteilhaft überhaupt ablehnen, b) viele andere Neubauer den Vertragsabschluß von der Bereitstellung von Gemüse- und Düngemitteln abhängig machen. Darauf der Disposition der Reichsgemüsestelle sind beide Artikel aber vom Markte verdrängt.

Was soll daraus werden? Wann endlich werden die Namen der großen Herren, die an diesem Handel beteiligt sind, der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden? Auch diese Bekanntgabe hätte eine heilsame Wirkung! Solange die Herrschaften sauberen dürfen, man werde sie aus Mitleid auf ihre hochmütige Verlogenheit im Dunkeln miseln lassen, kann auch niemand glauben, daß es mit der angestrebten Besserung Ernst wird.

Wie das sächsische Herrenhaus reformiert werden soll.

Nach eingehenden Beratungen über die Erneuerung des sächsischen Herrenhauses, die einen Teil der Verhandlungen über eine umfassende Verfassungsreform bildeten, hatte die Zweite Kammer des sächsischen Landtages gegen die Stimmen der konservativen Beisitzer gefaßt, die eine durchgreifende Einschränkung der Herrschaftsbefugnisse und eine wesentliche andere Zusammensetzung forderten. Und zwar sollten danach die Vertreter der überlebten Domäne und der Standesherrlichkeiten und die zehn vom König zu ernenntenden Rittergutsbesitzer beibehalten und nur die zwölf zu wählenden Rittergutsbesitzer darin beibehalten werden. Neu hinzuzutreten sollten Vertreter von Handel, Gewerbe, Landwirtschaft, Arbeiter, freie Berufe und Lehrer. Alle Vertreter sollten überdies nicht mehr vom Könige ernennt, sondern gewählt werden und nicht mehr auf Lebenszeit, sondern nur auf sechs Jahre. Die bereits erwähnte Beschränkung der Befugnisse sollte darin bestehen, daß die Erste Kammer nicht mehr wie bisher Gegenwürde zu stellen bringen könne, sondern bei abweichender Stellungnahme beider Kammern immer der Beschluß der Zweiten Kammer Geltung behalten sollte, wenn zwei Dreiviertelmehrheiten ergebnislos verhandelt sind.

Infolge dieser Beschlüsse hat die sächsische Regierung dem Landtage einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der eine Reform der Ersten Kammer bezwecken soll. Was die Regierung aber damit bietet, bleibt auch hinter den bei den Erwartungen weit zurück und wird eine geradezu lächerliche Enttäuschung werden. Die Herrenhausbefugnisse sollen danach unangestastet bestehen bleiben, damit auch die Befugnis, von der Zweiten Kammer angenommene Beschlüsse und Vorlagen hinsichtlich zu machen, oder auch völlig umzuändern. Nur soweit eine andere Zusammenziehung des sächsischen Herrenhauses gefordert wird, sind keine, aber völlig unzulängliche Konsessionen gemacht worden. Die selbst von den Konservativen geforderte Beschränkung der Vertreter der Standesherrlichkeiten und Domäne ist dem Landtage zum Trotz abgelehnt worden. Auch auf die vom König zu ernenntenden Rittergutsbesitzer will die Regierung nicht verzichten, doch soll die Zahl von 10 auf 5 reduziert werden. Diese 5 sollen neben zehn anderen Vertretern vom König ernennt werden, doch steht es ihm frei, auch mehr als fünf Rittergutsbesitzer zu ernennen; es müssen aber wenigstens fünf sein. Daneben müssen noch die zwölf gewählten Rittergutsbesitzer bestehen und die Vertreter der schon erwähnten Standesherrlichkeiten, die ebenfalls Rittergutsbesitzer sind. Der Forderung nach einer Vertretung der bedeutendsten Berufsstände in der Ersten Kammer kommt die Regierungsdanke in unzulänglicher Weise durch einen neu einberufenen Ausschuss entgegen, wonach der Ersten Kammer 12 Vertreter der Industrie, des Handels, und des Gewerbestandes angehören sollen. Davon sollen fünf Vertreter der Industrie und des Handels vom Könige auf Lebenszeit ernennt und fünf von den Handelskammern, sowie

Die Rhider Burs.

Erzählung von Levin Schüding.

88. Fortsetzung.

„Aber nein, das — vorausgesetzt, Ihr schafft mit den Detektiv herbei.“ Die Worte und die mit dem Kopf schüttelnd aus. „Was für ein ich Eure Spürhunde? Was soll bringen sie ihn nicht herbei?“

„Wir haben denselben in den Musterrufen seines Regiments ermittelt. Nach den Angaben des Hauswärters und der Sibille Ritterhausen über den Verhafteten ist es derselbe Mann hier, der unglücklich aus Düsseldorf geflohen ist. Er war Schweizer und in Holland angeworben. Aber deutscher Herkunft. Sein Name war Johannes Schwanz. So hat er ihn wenigstens erzählt.“

„Da habt Ihr viel!“ sagte der Großherzog mit verächtlichem Tone.

„Nun,“ fuhr er dann fort. „Wohin Schwanz, ist sehr Ihnen auf dem Herrn, der die Kassa besitzt, eine Politische zu diktieren. Unter diesen Umständen und vor allem, lassen Sie mir den Detektiv herbei. Wieviel . . . Was ist Ihnen wichtiger, Madame,“ warde er sich dann an die Gräfin, „so bringe ich Sie jetzt zur Strafe.“

„Sobald haben Sie befohlen.“ verfuhr Madame Gräfin sie vorbeugend, und der Großherzog reichte ihr den Arm, um sie zum Wagen zu führen.

Die Gräfin verließ an einer Seite aus dem Raum, jedoch nicht ohne Richard einen Blick voll Teilnahme zu werfen. Ermann wandte sich nun zu ihm. „Sie haben Er. Hohheit Worte selbst“ sagte er. „Es bin dadurch gerettet, Sie auf acht Tage in Polizeiarrest zu schicken. Wollen Sie mir!“

Er ging hinaus und sah draußen einem der harrenden Gardemarschall den Befehl. Richard von Hufschilde zum Polizeiarrest in der Hauptstadt abzuführen. Dann kehrte er zum Polizeiarrest zurück, um sich mit ihm zu besprechen. Richard wurde die Treppe hinauf und im aufsteigenden Stau des großherzoglichen Cortège zu Fuß nach der Hauptstadt eskortiert. Der ordentlichste junge Mann, der wie ein Botschafter als Polizeiarrestant aus dem Hause seiner Väter abgeführt wurde, folgte in willensloser Niedrigselbstachtung.

zweiel Säuwkraft in die Höhe geöffneten Körper lag. Die Fenster hatten mehr Neugierigkeit mit den Deckungen, welche man zum Durchlass von Licht und Luft in den Stößen der Werke anbringt, als mit den Glasfenstern, welche die Wohnungen sonnenscheinreicher Menschen erhellen. Obendrein waren sie mit eisernen Stangen versehen, über deren Zweckmäßigkeit wissen denen, welche sich innerhalb dieses Raumes befinden und denen, welche draußen in der Freiheit einhergehen, sowie eine bedeutendere Meinungsverschiedenheit herrschte. Zur Bewusstheit der Bewohner waren an ihrem Orte Briten anwesend, häufig anwesende Gräfin, die im Lauf der Jahre durch den Gebrauch eine so dunkle Tinte und eine so verformene, liegende Gestalt angenommen hatten, daß sie die Augen derer beherrschten, welche ein so zahlreiches Heer von Menschen ohne nollere Mittel verlassen. Was die Worte anging, so waren sie solche feste Redensarten; aber schließlich waren sie nur in einem Grade unheimlicher Humanität nicht mit Tante bescheiden; zu dem Ende nämlich, um den hier hundert oder hundert Jahre währenden Gräfin die Gesandtheit zu rufen, auf einer gewissen wissen sollte dem Orator ihres körperlichen Talentes und ihrer künstlerischen Anlagen nachzugehen. In der Tat waren diese Worte benutzt worden zu einer ganz unglücklichen Menge von Nebenreden in den reichlichen Räumen. Alle diese Reden, Kreide- oder Politische Reden jedoch deuteten auf eine große Ueberheblichkeit der Gräfin; sie hat den darstellenden Künstlern, aber danach auf eine große Verächtlichkeit der Höhe, welche ihre künstliche Ausbildung erlangt hatte.

Richard wurde von dem Centarren, der ihn geleitet, und von dem Gefängniswärter, der ihn in Empfang genommen hatte, in diesen Raum geführt, wobei der Wärter noch einen befürchtenden Blick auf seine eigene Erscheinung ihm anforderte, daß er ihm eine besondere Rede noch vor Nacht einzuweisen wolle. Der Aufenthalt in der großen Saal für alles eingehende Befehle sollte nur ein provisorischer sein, nach Bezahlung der Mann, der mit einer gewissen Teilnahme in die Hofen und diesen Hof des neuen Saales trat, welchen man für die nächsten acht Tage seiner Obhut übergeben hatte.

Richard verlangte, daß man ihm seinen Koffer aus dem Hause seines Freundes herbeibringe. Als sich dann die Türen hinter ihm geschlossen hatten, wandelte er mit verächtlichen Armen langsam in dem dunklen Raume auf und ab. Er sah, daß er nur zwei Schildegehörten hatte, zwei schlecht gekleidete Individuen, die nebeneinander auf der Bank saßen, und nachdem sie den neuen Ankömmling eine Weile neugierig betrachteten, sich flüsternd zusammen unterhielten.

Eine Viertelstunde lang mochte Richard so hin und her geschritten sein, als die Gräfin, welche er im Anfang nicht beachtet hatte und die nach all seinen Wanderungen am heutigen Tage sehr erklärlich war, ihn zwang, sich niederzulassen.

Er setzte sich auf eine Ecke der Bank, entfernt von den zwei Hülfswörtern.

„Sche auf ihr Gewebe zu hören, vernahm er doch einzelne Worte ihres Zwiegesprächs, und plötzlich blühte er überrollt auf und schrie: „Sie — er hatte den Namen der Männer den Namen: Mamill Ritterhausen ausbrechen gehört.“

Bei dieser scheinbar unmerklichen des neuen Ankömmlings auf ihr Gespräch hörten beide zu reden auf und sahen Richard an.

Es war Abend geworden und in dem Polizeigefängnis zu Dunkel, um das Messer der beiden in Hintergründe hockenden Gesellen genau zu erkennen. Nur so viel nahm Richard wahr, daß der eine der zwei ein häßlicher Stoch mit einer plattgedrückten breiten Nase und einem auffallend großen Mund war. Der andere sah besser geformt und reinerartiger aus; seine Züge schienen feiner und blüher, als man bei den Landesknechten zu finden pflegt, und seine Augen leuchteten eigentümlich hell und lebendig durch die Dämmerung. In Richard tauchte eine Erinnerung auf. . . . Es war ihm, als habe er diesen Menschen mit den sonstigen Gesellen schon früher gesehen; er wählte in seinem Gedächtnis und dabei kam ihm doch der Umstand zu Hilfe, daß die zwei Gesellen jetzt wieder ihre Unterhaltung begannen und daß die Stimme des Mannes mit feineren, wenn auch lange nicht vernommenen und aus seinen frühen Kinderjahren herüberklingenden Tönen kein Ohr verlor.

„Richard,“ sagte er plötzlich laut und sah ihm zuwendend, „sich Ihr es nicht — der Entsetzliche?“

„Entsetzliche heißt ich bei den Leuten, wenn ich mich auch nicht so fürchte, Herr,“ antwortete der Mann; „und der hier reden mir nicht,“ sagte er dann, „das ist der Ueberflüchtige Matthias von Schwanz, wenn Ihr den kennt. Und da wir so daran sind, Bekanntschaft zu machen, wer seid Ihr denn, Herr?“

„Entsetzliche,“ wiederholte Richard, „also Ihr wandelt noch immer umher mit Eurer Geißel und laßt den Kindern nur ein, wie Ihr es mit Euch selbst halt — wie oft! Nun, das ist vorüber, und ich will Euch gern lassen, wer ich bin.“ „Sagte er trübend hinzu, „denn Richard habe ich keine mehr vor Euch wie damals, als ich Richard nahm, jedoch Ihr den Bergweg herauszuheben, hat mit Eurer Geißel, von dem wir Kinder künftiger, daß haben der Geißel irgendein kleiner Teufel darin. Ich bin Richard von Hufschilde.“

Die beiden Männer stiegen gleichzeitig einen Ruf der Verwunderung aus und fuhren von ihren Plätzen empor, um am Richard heranzutreten und ihm die Hand zu schütteln und ihn mit ihren Fragen zu umdrängen, woher er komme, welches Schicksal ihn in der Fremde getroffen und wie er nun gar an diesen Ort geraten.

